

Bezugspreis:  
Vierteljährlich  
pro Vol. 700 M.  
Bei den Bonnischen  
Anstalten bestellbar  
8 M.

Freiheitlich mit Aus-  
gabe der Sonn- und  
Feiertage.  
Druck und Verlag  
am H. Chr. Sommer,  
Bad Ems.

# Emscher Zeitung



(Kreis-Anzeiger)

(Lahn-Bote)

(Kreis-Zeitung)

verbunden mit dem „Amtlichen Kreisblatt“ für den Unterlahnkreis.

Nr. 291

Bad Ems, Donnerstag, den 18. Dezember 1919

71 Jahrgang

## Letzte Nachrichten.

### Der Reichsnotausgabesatz.

Mz Berlin, 17. Dez. Im Haushaltsschluß der Nationalversammlung wurde der Nachtragssatz von 200 Millionen Mark zwecks Einführung des Elektrizitätsgesetzes und jener außerordentlichen eine 50prozentige Erhöhung der Steuerungszulagen der Reichsbeamten bis zur Fertigstellung der Reichsbesoldungsreform bewilligt.

### Rundschau zur deutschen Einheit.

Mz Berlin, 17. Dez. Der Antrag der Mehrheitsparteien, den deutschen Einheitsstaat betreffend, ist mit 210 gegen 32 Stimmen angenommen.

### Das Reichsnotopfer.

Mz Berlin, 17. Dez. Die Nationalversammlung nahm das Reichsnotopfer in 3. Lesung, ebenso in 2. und 3. Lesung den Gesetzentwurf über die Steuernachricht an.

### Ans des Landesverfassung.

Mz Berlin, 17. Dez. Die Preußische Landesversammlung nahm heute den Staatshaushaltssatz für 1920 gegen die Stimmen der Deutschen Nationalen und der unabhangigen Sozialdemokraten an. Die nächste Sitzung findet am 21. Januar 1920 statt.

### Die Verhandlungen mit der Entente.

Mz Paris, 17. Dez. Havas glaubt zu wissen, daß die Vorschläge der deutschen Delegierten dahin gehen, daß die Menge des verlangten Passamaterials verringert werde und die gegenwärtig im Bau befindlichen Einheiten zu liefern wären, statt der im Protokoll vorgesehenen.

### Große Munitionsexplosion.

Mz Berlin, 17. Dez. Über eine Explosionskatastrophe in Marienfelde (bei Wilhelmshaven) wird der B. Z. berichtet, daß die gesamte Munitionsmenge des Munitionsdepots in die Luft ging. Es wurde ungeheure Schaden angerichtet. Bis hier wurden 20 Tote und etwa 60 Verwundete geborgen.

### Die Entscheidung im Betriebsvertragsgesetz.

DPA. Die zweite Lesung des Betriebsvertragsgesetzes ist im sozialpolitischen Ausschuß der Nationalversammlung abgeschlossen worden. An den umstrittenen Paragraphen über den Eintritt in den Aufsichtsrat und über die Wirkung bei Einstellungen und Entlassungen ist nichts Wesentliches mehr geändert worden. Dagegen mußte bei der Abstimmung über die Vorlegung der Bilanz (§ 35) ein weites Kompromiß geschlossen werden, weil es unmöglich war, die drei Regierungsparteien auf die Fassung zu vereinbaren, die in der ersten Lesung des Ausschusses vereinbart worden war. Danach sollten von der Vorlegung der Bilanz, die den Vorstufen des Handelsgesetzbuches zu entsprechen hätte, alle Betriebe mit weniger als 500 Arbeitern oder 100 Angestellten befreit sein. Jetzt ist durch einen Antrag des Beauftragten ein neuer Begriff „Betriebssatz“ und „Vertriebseinheit und Verlustrechnung“ eingeführt worden und die Vorstufe heißt nun, daß nur die Betriebe mit mehr als 500 Arbeitern oder 100 Angestellten die Betriebsbilanz und die Vertriebseinheit und Verlustrechnung vorlegen müssen. Unter „Betriebssatz“ wird eine Bilanz verstanden, die abweichend von den Bestimmungen des Handelsgesetzbuches nicht Auskunft über das Privatvermögen oder das ausschließlich des Betriebes arbeitende Vermögen des Unternehmers zu geben braucht, sondern ausschließlich befaßt ist mit dem Vermögen, das im Betrieb selbst arbeitet. Die genaue Definition soll durch ein besonderes Gesetz nicht feststehen, soll die bisherige Bilanz vorweg legen. Der Vorlegungswang beginnt aber erst vom 1. Januar 1921 ab. Diese Formulierung ist von den Mitgliedern aller drei Regierungsparteien unterschieden und angenommen worden. Auch von deutschnationaler Seite wurde diese Lösung begrüßt. Was sonst noch an Änderungen angenommen worden ist, steht an Bedeutung hinter der Einführung im Bilanzparagraphen zurück. Auf Antrag der Deutschen Schneider-Sachsen wurde die Höchstgrenze der Entlastungssumme für unrechtmäßig gekündigte oder entlassene Arbeitnehmer von drei Biwölften auf sechs Biwölften des Jahre einkommen hinaufgestellt. Die Fraktion erreichte unter geschickter Führung von Frau Dr. Marie Elisabeth Lüders eine besondere Schutzberechtigung im Gesetz.

### Zum Ergebnis der Sparprämienanleihe

Schreibt die R. Z.: Der amtliche Druck hat bereits über das Rechnungsergebnis der Sparprämienanleihe berichtet. Ein 5 Milliarden Mark hatte man zur Rechnung ausgerechnet. Ein paar Wochen lang hat dann der Erzbergerische Presseapparat auf Geheiß seines Herrn und Meisters liebhaft geschwärzt, aber trotz allem sind nur 3,8 Milliarden Mark erreichbar geworden. Nun sucht man das klägliche Ergebnis noch damit zu beschönigen, daß man von Rechnungen spricht, die noch aus dem Ausland eingehen würden. Es ist aber kein Zweifel daran möglich, daß, selbst wenn das zutrifft, vier Milliarden Mark nicht erreicht werden, denn die amtliche Verlautbarung stellt zugleich in Aussicht, daß das Reich den an vier Milliarden noch fehlenden Betrag selbst zeichnen werde. Das Reich will also den Kredit, den es von anderen nicht bekommt, sich selbst geben. Auch das ist eine der Seltsamkeiten der Erzbergerischen Finanzpolitik, die mit dieser Anrede eine schwere Niederlage erlitten hat. Denn daran kann kein Zweifel sein, daß das Misstrauen, das man allgemein Herrn Erzberger entgegenbringt, die Hauptursache dieses Misserfolges ist. Dazu kommt natürlich der allgemeine Unmut über die widersprüchsvolle und zerschorene Art,

in der jetzt das Reich regiert wird. Dass Herr Erzberger und die Regierung, die ihn zu den ihren zählt, daraus die entsprechenden Folgen ziehen werden, ist allerdings zu bezweifeln. Sie werden vermutlich fortwährenden werden, bis her. Kein Zweifel aber ist, daß nicht nur die Weisheit einen besseren Erfolg gehabt hätte, sondern auch die Mark im Ausland wesentlich höher bewertet werden würde, wenn Herr Erzberger nicht mehr an der Spitze unserer Reichsfinanzen stände. Das wird im Ausland von hervorragenden Leuten ganz offen ausgesprochen. Gellen wird's allerdings kaum. Der Reichswagen wird auf dem holprigen Knüppeldamm, den ihm Herr Erzberger vorzeichnet, weiter poltern, bis die Mark im Ausland noch tiefer gesunken ist und das Reich außerhalb seiner Grenzen überhaupt nichts mehr kaufen kann. Allzu weit sind wir von diesem Augenblick nicht mehr entfernt. Der Misserfolg der Sparprämienanleihe ist ein weithin sichtbares Warnungszeichen auf diesem verhängnisvollen Weg.

Reichsminister a. D. Gothein wendet sich im Leipziger Tageblatt gegen die unschöpferische Finanzvorlage Erzbergers, bekämpft die Finanzpolitik, die eine Reubildung des Kapitals unmöglich mache, und kommt im Anschluß seiner Ausführungen zu folgendem bemerkenswerten Vorwurf: Es gibt Mittel und Wege, die Finanzen zu sanieren, auch ohne daß man die Kapitalbildung unmöglich mache. Herr Erzberger hat in seiner Finanzrede selbst rühmend hervorgehoben, daß die Kohlensteiner zwei Milliarden Mark bringe, obwohl wir die billigsten Kohlenpreise hätten. In Wirklichkeit wird sie bei dem jetzigen Stande mindestens 2,4 Milliarden Mark bringen, und sie verachtet so gut wie keine Erhebungskosten. Unsere Kohlenpreise bereagen bei dem heutigen Salutastand nur den zweitbesten Teil der Auslandslohnpolitik. Würde man sie verdoppeln, wobei sie auch nur ein Sechstel des Weltmarktpreises erreichen würden, so würde das allein 2,4 Milliarden Mark mehr bringen. Nun brauchte man aber höchstens ein Drittel der Verdoppelung zur Aufbesserung von Arbeitslöhnen, Unternehmertrente und Unternehmensgewinn zu verwenden, um den Kohlenbergbau wieder leistungsfähig zu machen. Zwei Drittel davon könnten gut und gern dem Reich steuerlich dienstbar gemacht werden. Der einfachste Weg wäre, den Kohlenbergbau und den Kohlenhandel zu einem großen Anteil zusammenzuschließen, der die Trustifikation mit 5 % Dividende und der überschließenden Gewinne zu drei Viertel dem Reich und zu ein Viertel dem Kohlenbergbau zuführe. Damit und zugleich mit der gleichbleibenden Kohlensteuer würde dem Reich sofort eine Erhöhung von nahezu 10 Milliarden Mark gegeben werden, wovon, wie bekannt, unsere Kohlenpreise nur ein Sechstel des Weltmarktpreises bestehen. Mit 10 Milliarden Mark Mehrinkommen könnte man aber auf die ganze Umfassung und 55 v. H. der Reichseinkommensteuer verzichten. Dabei hätte man den enormen Vorteil, daß die Erhebungskosten minimal wären, während sie auf der andern Seite ungebührlich sind. Man hätte weiter den Vorteil, daß unsre Wiederaufmachung verpflichtet — wir sind verpflichtet, 40 Millionen Tonnen jährlich dem Verband zu Industriepolen zu liefern — mit einem Schlag um 4 Milliarden erleichtert würde, denn so viel würde wir sofort mehr für unsere Kohlenförderungen in Rechnung gebracht erhalten.

### Arbeitswinkler Schluß über die Wohnungsnutzung.

Beachtenswerte Mitteilungen über die Absichten der Regierung zur Belebung der Wohnungsnutzung macht Reichsarbeitsminister Schluß in einer Versammlung der sozialdemokratischen Arbeiterräte. Er räumt ein, daß die aus öffentlichen Mitteln gewährten Überlebenszuschüsse für Neubauten nicht ausreichen, da die Baustoffe wesentlich höher seien als beim Ertrag der Baustoffbestimmungen angenommen worden waren. Eine Neuregelung ist, wie der Minister nach einem Bericht des Vorwärts ausführte, derart in Aussicht genommen, daß die volle Höhe der Überlebung aus öffentlichen Mitteln bestimmt wird. Die Zuschüsse sollen aber, damit sie nur dem Kleinwohnungsbau zugute kommen, nur für solche Bauten geleistet werden, die nicht mehr als 70 Quadratmeter Grundfläche haben. Voraussetzung für die Gewährung des staatlichen Zuschusses soll sein, daß die Gemeinden davon ein Drittel übernehmen. Die Zuschuhsumme soll als Hypothek eingezogen und der Gemeinde ein Einstrom auf die Höhe der Miete gesichert werden. Nach 20 Jahren soll die Wirtschaftlichkeit des Gebäudes nachgeprüft werden und, wenn sich herausstellt, daß sie nicht oder nur zum Teil aus den Erträgen des Grundstücks zureingeht werden kann, dann soll der in Frage kommende Teil als nicht zuzugelassen niedergeschlagen werden. Auch für Beschaffung von Wohnstätten müsse georgt werden. Es sei eine Verordnung in Vorbereitung, durch die die dringendsten Wohnungsnutzungen abgeschlossen werden sollen. Die Verordnung sollte den Bezirkswohnungskommissionen das Recht geben, Bauland zu enteignen. Ist das Enteignungsverfahren bei einem vereinbarten Prozeßweg vorgetragen? Auch die Sorge für Beschaffung von Wohnstätten sollte dem Bezirkswohnungskommissar übertragen werden. Zu dem Zweck soll ihm das Recht gegeben werden, den Betrieb stilllegender Baustofffabriken nötigenfalls zu erzwingen. Für andre Baustoffe, wie Holz, Sand usw., soll dem Kommissar das Beschlagnahmungsrecht zugeschenkt werden. Alle diese Maßnahmen könnten aber den gewünschten Erfolg nur dann haben, wenn sie Beständigkeit finden bei denen, für die sie ins Werk gelegt werden sollen. Auch die Maßnahmen in bezug auf die schon vorhandenen Wohnungen sollen verharrt werden. Der Wohnungskommissar soll das Verfülgungsrecht über nicht ausreichend belegte große Wohnungen erhalten. Ein Gesetz zur Regelung und Förderung des Heimstättentheaters werde im Laufe des Winters der Nationalversammlung zugehen. Heimstätten, die aus öffentlichen Mitteln geschaffen werden, müßten auch im öffentlichen Besitz bleiben, oder falls sie privater Besitz würden,

müsste die Gemeinde das Vorlonsrecht haben. Besonders Interesse bringe die Regierung dem Bau von Arbeitersiedlungen in den Bergbauregionen und der Lösung der ländlichen Siedlungsfrage entgegen.

### Die Nationalversammlung.

#### Sitzung vom 16. Dezember.

Auf der Tagessitzung stehen zunächst kleine Anfragen.

Auf eine Anfrage Delius (Dem.) nach Hilfsmaßnahmen für die notleidenden Landes-, Bezirks- und Gemeindesämtchen, Geistlichen, Lehrer und Lehrerinnen aus Elsaß-Lothringen erwidert Unterstaatssekretär Dr. Lewald: Die Reichsregierung wird sofort nach Weihnachten der Nationalversammlung ein Gesetz zugunsten der betroffenen Deutschen vorlegen. Inzwischen ist eine ausreichende Entschädigung vorgesehen. Der Transport von Möbeln wird ganz oder teilweise auf Reichskosten übernommen. Dessenlike Angestellte werden im Reichsdienst untergebracht werden. Lehrer von öffentlichen Stiftungen werden staatlichen Gehalts gleichgestellt. Die Vertriebenen werden im Siedlungswesen bevorzugt werden. Die Mehrzahl der Anträge erledigt sich dadurch, da die Antragsteller in einigen Fällen die Regierungsvorsteher nicht anhend sind.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzes betr. die Sozialisierung der Elektrizitätsversorgung.

Abg. Krüger-Petschau (Soz.): Die Elektrizitätsversorgung muß durch Herausleitungen aus großen zusammengefügten Werken erfolgen, die ihren Sitz in den Kohlenbezirken oder in der nächsten Nähe der Wasserkräfte haben müssen. Die Sozialisierung der Elektrizitätsversorgung ist höchste wirtschaftliche Notwendigkeit.

Abg. Dr. Schuhert (Gr.): Widerspruch macht sich bei den Unternehmen geltend dagegen, daß das Reich die Verwaltung übernehmen will.

Abg. Foote (Dem.): Das Monopol darf nicht als Einnahmequelle für das Reich ausgenutzt werden, sondern wirtschaftlich ungünstig gelegene Gegenden müssen durch dasselbe einen Ausgleich erzielen.

Abg. Laerenz (Deutschrat): Trotz mancher Bedenken wird ein Teil meiner Fraktion sich mit der Vorlage befriedigen, bei deren Beurteilung wir allein wirtschaftliche Gesichtspunkte in den Vordergrund gerückt haben. Der größte Teil meiner Freunde wird aber das Gesetz ablehnen. Schwere Bedenken haben wir dagegen, daß bei der Uebernahme bestehender Betriebe der Ertragswert für die Entschädigung auszuschlagen sein soll.

Abg. Dr. Marey (D. Bp.): Wir fürchten, daß das Gesetz einen außerordentlich schädlichen Einfluß auf die bestehende organische Entwicklung der Elektrizitätsversorgung ausüben wird.

Abg. Henke (U. S.): Bei allen Sozialisierungsfragen kann es sich nur darum handeln, die Wissbegung der kapitalistischen Ausbeutung herbeizuführen.

Um 1 Uhr wird die Sitzung abgebrochen.

Weiterberatung 3 Uhr.

Um 3.05 Uhr wird die Sitzung wieder aufgenommen. Das Elektrizitätsgesetz wird ohne weitere Aussprache im wesentlichen unverändert nach den Ausschusbeschlußen angenommen. Gegen den Vorschlag des Präsidenten, die dritte Lesung sofort vorzunehmen, erhebt der Abg. Henke (U. S.) Widerspruch.

Es folgt die zweite Lesung des Umlaufsteuergesetzes.

Abg. Stoß (Soz.): Wir betrachten das ganze Gesetz aber nur als Provisorium, das abgeändert werden muß, sobald die Lage des Reiches es gestattet.

Abg. Schlaaf (Gr.): Trotz mancher Bedenken stimmen wir der Vorlage zu, weil ohne die indirekten Steuern eine Gewidung unserer Finanzen unmöglich ist.

Abg. Weißlich (D. Rat.): Diese Vorlage ist uns sympathisch. Die Vorlage wird dadurch wesentlich herabgemindert, wenn auch der Steuersatz von 1 auf 1½ Prozent heraufgesetzt wurde. Not tut uns ein Abfall der Preise. Durch dieses Gesetz wird aber das Gegen teil erreicht.

Abg. Waldestein (Dem.): Das Gesetz ist ein Provisorium.

Abg. Kemule (D. Bp.): Es wäre falsch, aus Prinzipienreiterei gegen eine indirekte Steuer zu stimmen. Schon mittens im Kriege haben wir verlangt, daß das Gleiche mit des Haushalts nicht nur durch Anleihen, sondern durch Steuern hergestellt werde. Die freien Berufe haben wir in die Steuern hineingenommen gerade im Interesse der gleichmäßigen Belastung aller Volkststellen. Ebenso es mit der Auguststeuer. Das Kinderprivileg gehört eigentlich nicht in eine indirekte Steuer hinein. Trotzdem stimmen wir ihm zu, allerdings so, daß es nicht schon bei jedem zweiten oder dritten Kinde eintrete.

Abg. Henke (U. S.): beantragt Verlängerung und verzögert die Beschlußfähigkeit des Hauses.

Viープresident Löbe setzt darauf die nächste Sitzung auf Mittwoch 10 Uhr an. Fortsetzung der dritten Beratung des Reichsnotopfers.

### Preussische Landesversammlung.

5. 12. 1919

Die Landesversammlung beschäftigte sich in ihrer heutigen Sitzung mit der zweiten Beratung des Entwurfs eines Ausführungsgesetzes zum Reichsiedlungsgesetz nach den Vorschlägen des 14. Ausschusses. Nach der Aussprache gelangte das Ausführungsgesetz im allgemeinen in der Fassung des Ausschusses in zweiter Lesung zur Annahme. Ohne Aussprache wird dann die Vorlage auch in dritter Lesung einstimmig angenommen. Sobald beschäftigt sich das Haus mit der dritten Lesung des Gesetzesentwurfs betr. Erweiterung des Stadtteiles Hannover, dem das

Haus mit Ausnahme der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei ohne Erörterung zustimmt.

Dann beginnt die dritte Sitzung des Haushaltsschusses für das Jahr 1919. Mit zur Beratung steht der (bereits gestern mitgeteilte) Antrag der drei Mehrheitsparteien betr. die baldige Schaffung eines deutschen Einheitsstaates. Der Antrag, dem eine ausführliche Begründung vorangestellt ist, geht dahin, die Regierung zu eruchen, sofort und noch vor Einbringung der endgültigen Beisitzung die Reichsregierung zu veranlassen, mit den Regierungen aller deutschen Länder über die Einrichtung des deutschen Einheitsstaates in Verhandlungen zu treten.

Bei der Besprechung wittert der Abg. Haenschfeld (Soz.) gegen die Monarchie und den „lehrten Hohenzoller, der den Monarchismus in geradezu katastrophaler Weise in in Machtredit gebracht habe“. Er bekannte sich zur Koalition der drei Parteien, die er als unentbehrlich bezeichnete. Daselbe Bekennnis kommt auch aus dem Munde des Redners der beiden anderen Koalitionsparteien, des Zentrumsabgeordneten Gronowski und dem Demokraten Dominius. Der Zentrumsredner betonte allerdings mit Nachdruck, daß eine Zustimmung zur Koalition dort Hall macht, wo die Macht des Gewissens anfängt. Alle die Deutschnationalen sprach ihr Führer herzt, der sich in breiten Ausführungen über die Aufgaben der Opposition erging und sich gegen den Vorwurf verteidigte, daß seine Partei wieder eine reaktionäre Monarchie einführen wolle. Sie wolle auch keine konstitutionelle Monarchie, sondern eine soziale Volksmonarchie. Der Unabhängige Dr. Herzfeld hieß eine mehr als einständige Oppositiionsrede in dem üblichen Ton der NSP.

Sitzung vom 16. Dezember.

Auf läufig der heutigen 100. Sitzung gaben den Sitz des Präsidenten zwei prächtige Chrysanthemensträuße. Nach Erledigung einer Reihe von Anträgen, aus deren Beantwortung lediglich hervorzuheben ist, daß die Verhandlungen über die Vertretung des Handels im Reichswirtschaftsamt noch nicht abgeschlossen sind, folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfs zur Sicherung der Ueberführung der Privatbergbaurechte an den Staat.

Nach dem 1. Dezember 1919 über Regale abgeschlossene Verträge bei denen Ueberführung an den Staat nicht berücksichtigt werden. Ohne Ausschlußberatung wird der Entwurf in erster und zweiter Beratung angenommen.

In Fortsetzung der Haushaltssitzung, wozu der Antrag der Regierungsparteien auf Begründung eines deutschen Einheitsstaates gehört, spricht

Abg. Barnisch (D. W.) dem Präsidenten ansässig der heutigen hundertsten Sitzung im Namen aller Parteien den Dank für die ausgezeichnete Geschäftsführung aus. Der Redner fragt nach dem jetzigen Stand der Arbeiten der preußischen Verfassung. Anscheinend liegt der Regierung wie den Mehrheitsparteien nicht viel daran, sich überhaupt mit der Verfassung zu beschäftigen. Wir werden uns der Herkommung Preußens energisch widersetzen. Wir vernehmen uns auch gegen die vom Minister Erzberger in der Nationalversammlung gegen Preußen geschulterten Beschimpfungen und Schmähungen.

Ministerpräsident Hirsch: Die Regierung wünsche nicht, daß das Verfassungswerk durch den Antrag eine weitere Verzögerung erleide. In der großfürstlichen Frage haben wir keine Annexionspolitik getrieben. Wir wollen aber auch nicht die Hand dazu bieten, die Bildung eines großfürstlichen Staates auf Kosten Preußens ist, vorsichtigen zu lassen. Der Ministerpräsident kommt dann auf die Angriffe zu sprechen, die die Unabhängigkeiten offiziell des Marlochprojekts gegen die Regierung gerichtet hatten. Die Mörderzentrale existiere nur in der Einbildung gewisser Leute. Im Rheinlande könnten wir es nicht über uns gewinnen, bei der englischen und französischen Besatzungsarmee um die Einführerlaubnis für preußisches Geschäft nachzusuchen. Nach der Friedensratifikation werden wir mit der rheinischen Bevölkerung die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage erwarten. Alle Arbeit gilt der Demokratisierung der Verwaltung.

Minister Heine: Verwirrt sei es, wenn Deutsche dem Feinde Vorwände geben gegen Deutschland. Vorschläge über Vorschläge hat die Reichsregierung nach Frankreich gesandt. Der Rechte sieht es an Verantwortungsführt für das Vaterland. Er liebt nur Ostpreußens Art, wo alle Parteien es als ihre Aufgabe betrachten, das Abstimmungsgebiet Deutschland zu erhalten. Revolutionäre Erhebungen von Seiten der äußersten Linken in diesem Winter werden wir zu begegnen wissen. Dagegen, die behaupten, eine Sicherheitspolizei sei mein Heer, leisten dadurch wissenschaftlich der Entente Vorwurf. Der Entwurf einer preußischen Verfassung war schon im Januar fertig. Gruppe zur Beschwerde über all zuviel Sozialdemokratie liegt nicht vor. Unter den 4490 Landräten befinden sich 24 Anhänger der Sozialdemokratie.

Abg. Gadow (Dtl.) bezeichnet die gestrige Rede des Abgeordneten Herrn als von grundsätzlicher programmatischer Bedeutung. Ein parlamentarisches System ist in Verbindung mit einem Koalitionsministerium im Grunde unvereinbar. Minister Heine erklärt sich für ein rücksichtloses Einwanderungsverbot für die Großstädte.

Abg. Hellmann (Soz.): Wir geben zu, daß manchmal der Geistliche Mitglied der Schuldeputation sein muß, während dies an anderen Orten nicht der Fall ist. Unsere Vertreterinnen am Rhein werden weder Drohungen noch Lockungen von dem Deutschen Reich trennen.

Abg. Dr. Lausch (Wtr.) weist darauf hin, daß die Koalition beschlossen wurde im vaterländischen Interesse und im Bewußtsein, daß es nicht anders ging. Wie die Sozialdemokratie sagen auch wir: Ohne die nationale Verlässlichkeit des Zentrums wäre unsere Position am Rhein uninhaltbar.

Wittwoh Fortsetzung.

Deutschland.

Parlamentarische Weihnachtsfeiern. Die Nationalversammlung, die sich am 18. Dezember vergangen wird, will ihre Weihnachtsfeiern bis zum 30. oder 31. Januar ausdehnen. Vorher soll den Steuerausschüssen Zeit und Gelegenheit gegeben werden, so vorzubereiten, daß nachher das Plenum mehrere Wochen hintereinander zusammenbleiben kann. Die Preußischen Landesversammlungen werden sich am 17. Dezember vergügen und am 20. Januar wieder zusammenfinden. Die ersten beiden Sitzungen nach Beendigung der Weihnachtsfeiern sollen in Anspruch genommen werden durch Beratungen über die allgemeine Bevölkerungsreform. Vor Weihnachten will die Landesversammlung außer der dritten Lesung des Gesetzes die Ausführungsbestimmungen über die Reichswohnenhilfe sowie die Ausführungsbestimmungen zum Reichsiedlungsgesetz er-

ledigen. Die Konservativen haben in einem Antrage Protest erhoben gegen den Plan einer Ueberführung der Eisenbahn auf das Reich schon zum 1. April 1920. Dieser Antrag bietet Anlaß, die Eisenbahnfrage noch einmal wieder anzutreten.

Der Steuerausschuss der Nationalversammlung genehmigte in seiner Sitzung am Dienstag den Paragraphen 15 der Reichseinkommensteuer, der nach Auffassung mehrerer Anträge jetzt folgendermaßen lautet: „Bei der Veranlagung zur Einkommensteuer wird das Einkommen der Ehegatten zusammengerechnet, sofern für beide Ehegatten die Voraussetzungen der persönlichen Steuerpflicht nach § 2 Nr. 1 erfüllt sind. Die Zusammenrechnung findet vom Beginn des auf die Hochzeit folgenden Rechnungsjahres bis zum Ablauf des Jahres statt, in dem die Auslösung der Ehe erfolgt. Der Auslösung der Ehe steht die dauernde Tugend der Ehegatten oder der Wegfall der Voraussetzungen der persönlichen Steuerpflicht eines oder beider Ehegatten nach § 2 Nr. 1 gleich. Für die vermögensrechtlichen Beziehungen der Ehegatten untereinander gilt jeder Ehegatte als Schuldner des Abgabeteils, der nach den Vergütungszahlen berechnet wird, die sich ergäben, wenn jeder Ehegatte getrennt mit seinem Einkommen veranlagt worden wäre.“ Die Kommission ging dann zunächst zur Beratung des Paragraphen 44 des Entwurfs über, wonach der Arbeitgeber bei der Lohnzahlung zehn vom Hundert des barem Arbeitslohnes zu Lohn des Arbeitnehmers einzuhalten und für den einbehaltenden Betrag Steuermarken in die Steuerkasse des Arbeitnehmers einzuleben hat. Reichsfinanzminister Erzberger hob die Vorteile dieser neuen Maßregel hervor. Eindeutig werde das Reich damit alsbald in den Besitz von Mitteln gelangen und das Reich werde nicht mehr so stark auf den Schatzverhältnislast angewiesen sein. Außerdem aber spart das Reich damit viele Tausende von Beamten. In diesen beiden Momenten siegen die wesentlichen Gründe des neuen Systems. Weiter wies der Minister darauf hin, daß in einem demokratischen Staatswesen das Volk sich daran gewöhnen müsse, einen Teil der Arbeit des Staates auf sich zu nehmen. Wenn man die erwähnte Änderung des Steuerwesens nicht einführe, wäre mit einer gewaltigen Vermehrung des Beamtenkörpers zu rechnen, die der Staat in seiner gegenwärtigen Lage nicht auf sich nehmen könnte. Abgeordneter Dr. Becker (Deutsche Wp.) wußt auf die Schwierigkeiten der Durchführung des Paragraphen 44 hin und betonte, daß eine neue Lohnbewegung die Folge dieser Maßnahme sein werde. Der Redner trat für die Änderung des Paragraphen 44 ein. Reichsfinanzminister Erzberger gab der Anzahl Ausdruck, daß die Lohnbewegung ohnehin noch nicht zum Abschluß gekommen sei. Es werde im übrigen eine Auflärung des Volkes über die Vorteile des neuen Systems stattfinden. Abgeordneter Dr. Braun (Soz.) empfahl die Annahme des Paragraphen. Die Genehmigung des Paragraphen 44 wurde mit folgendem Zusatz erzielt: „Übernahme der Steuer durch den Arbeitgeber ohne Berechnung auf den Lohn ist unzulässig. Entgegenstehende Abmachungen sind nichtig.“

Bayern gegen den Ausverkauf. Wie die bairische Staatszeitung meldet, ist ein allgemeiner Ausfuhrverbots für Haushaltsgegenstände, Küchenutensilien, Glas, Porzellan und Steinzeugwaren, Nähmädchen, Herde, Möbel usw. sowie für kaufmännische Geschäftsbücher im Anschluß an das Vorgehen von Baden und Württemberg unter dem 13. Dezember auch von der bayrischen Regierung erlassen worden. Sie hat sich nur ungern zu diesem Verbot als einer vorläufigen Maßnahme entschlossen, die sofort außer Kraft tritt, sobald die notwendigen Accordungen durch die Reichsregierung ergangen sind. Man könnte aber nicht weiter zusehen, wie insbesondere in den Grenzbezirken Geschäfte und Haushaltungen von Ausländern förmlich ausgelöscht würden, und daß aus deutscher Wirtschaftsgegenstände entlassen werden, die infolge der Rohstoffknappheit in nächster Zeit nicht nachgemacht werden können.

Industrie, Handel und Gewerbe.

Ein Erfolg für das Handwerk. Die preußische Landesversammlung nahm einen Antrag an, die Staatsregierungen zu eruchen, die Verwaltungen der staatlichen Bergwerke anzugeben, Unterhaltung und Instandhaltungsarbeiten an ihren Wohnungsgebäuden und zur Behebung von Beschädigungen an Privathäusern den selbständigen Handwerksmeistern zu übertragen. Die Regierung wird nun wohl aus diesem Beifall die Folgerung ziehen, alle staatlichen Betriebsverwaltungen anzugeben, entsprechend zu verfahren. Ein solches Verfahren liegt im Vorteile des Staates selbst; außerdem hat er die moralische Pflicht, das um den Wiederaufbau ringende Handwerk zu unterstützen.

Wittwoh Fortsetzung. In der Generalversammlung am Samstag, in welcher 11. Aktionsäste mit 1408 Stimmen vertrieben waren, wurde die Bilanz per 1918-19, sowie die vorgeschlagene Tildende von 10 Prozent genehmigt. Letztere ist sofort zahlbar. Das entscheidende Aufsichtsratsmitglied Justizrat Maut wurde wieder gewählt.

Vermischte Nachrichten.

Rasenhausbrand. In der neuen Abendblätter brach am Freitag in Berlin im Russen Impator durch die Entzündung der Notbeleuchtung ein Großfeuer aus, durch das zwei Personen schwer und dreißig leicht verletzt wurden. Während sich die im ersten Stock befindlichen Gäste unter Jurausflug ihrer Garderobe retten konnten, mußten sich auf der Imperatordiele im ersten Stockwerk etwa 40 bis 50 Personen, die sich nicht rechtzeitig in Sicherheit bringen konnten, durch Springen in die von der Feuerwehr ausgewanderten Sprungtücher retten.

Kriegsbeschädigte-Tumulte in Spanien. Heute Tumulte von Kriegsbeschädigten in Spanien wird mitgeteilt: Seit Monaten werden etwa 1500 Kriegsbeschädigte, für die Arbeit nicht beschafft werden kann, vom Reichsbericht in Spanien voll entloht. Verschiedentlich haben diese Kriegsbeschädigten verlangt, daß ihnen noch mehr Lohn bezahlt werde, als den in den Werkstätten arbeitenden vollbeschäftigten Personen. Diese unerhörte Forderung mußte natürlich abgelehnt werden. Vertreter der Kriegsbeschädigten drängten daraufhin am Freitag nach Überstellung der Aufsichtsbeamten in das Direktionsgebäude des Reichsberichts ein, mißhandelten die Beamten und konnten nur durch Schreckschüsse von schlimmeren Gewalttaten zurückgehalten werden. Schließlich stellte die Sicherheitspolizei die Ruhe wieder her, wobei ein Sicherheitsbeamter und vier Kriegsbeschädigte verletzt wurden.

Provinz und Nachgegebiete.

Die Eisenbahndirektion Frankfurt a. M. teilt mit:

in Frankfurt a. M. eine Zusammenstellung der j. St. im Wahlbezirk Frankfurt (M.) an Verlagen verteibenden Zeitungen ist in den Buchhandlungen läufig.

Die Kreiswahlen sind durch die Besatzungsbehörde genehmigt. In den heutigen Kreisblättern wird die Wahlbezirksverteilung und die Verteilung der Abgeordneten auf die einzelnen Bezirke veröffentlicht.

Frankfurt a. M., 15. Dez. Nachdem erst im September die großen Brotsackliebhaber ausgedehnt und ermittelte die Kriminalpolizei neue Bestrafungen in der Kommission der Bornheimer Mittelschule. Hier hat eine Bäckerei, Al. Horn, seit langem mit den von ihr gehandelten Milch-, Petrolens- und Butterarten einen jahrlingshohen Handel betrieben. Daneben aber deckte sie sich überreichlich mit Karton ein. Al. Horn war z. B. bei sechs Meissner zugleich eingemeindet und bezog von diesen so reiche Fleischzutaten, daß sie auswärts wohnenden Verlobten noch die Fälle abgeben konnte. Gegen den Brüderkram wurde ein Strafantrag wegen Diebstahl eingeleitet. — Zum zehnten Male wurde innerhalb kurzer Zeit in die Räume des Schuhgeschäfts des Speyer, Dr. Friedbergerstraße, eingedrungen. Als Täter ermittelte man jetzt den früheren Angestellten des Goldschmieds Willi H. Die erbeuteten Waren hat der Dieb an Schuhe und private Weiterverkauf. — In den Eisenbahnbetriebswerkshäusern wurde Dienstag abend der 23-jährige Eisenbahner Ludwig Ven von zwei Lokomotiven vergewaltigt.

Frankfurt a. M., 17. Dez. Der von der Frankfurter Staatsanwaltschaft wegen Verbrechens im Amt freigesetzte verfolgte Leiter des Frankfurter Marine-Sicherungsdienstes Strickmann, der in Mainz verhaftet, aber auf Besuch der französischen Militärverwaltung wieder in Freiheit gegeben wurde, ist in Mainz beim norwegischen Konsulat in Dienst genommen worden.

Frankfurt a. M., 17. Dez. Unter dem harmlosen Namen „Club Automobila“ hatten zwei berüchtigte Berliner Schieber in der zurzeit leerstehenden Hammelhütte, Guilletthütte 18 eine mit uppiger Pracht eingerichtete Spielhölle eingerichtet, in der abends bis in den hellen Morgen um hohe Summen Baccarat gespielt wurde. Dieses fendihe Nest wurde der Kriminalpolizei vollständig ausgehoben. Die Spieler, 15 Männer und Frauen, wurden direkt rasch überwunpelt, daß die ganze Bande in die Hände der Polizei fiel. Die Berliner Schieber kamen in Haft. — Der 30-jährige Berliner Schieber, der hier seine Kunst schwer in Machtredit gebracht, Erhard Klemm, kam zu seinem Tode in einem und heimste, daß er stets an den beleideten Tropenenden stand, so reichliche Gaben ein, daß er den polizeilichen Ermittlungen zufolge, täglich 45—50 Mark auf die Spur zu bringen und anderweitig zu Hause ein recht beschäftigtes Leben führen konnte. — Nachdem aus dem Büro des Mechanikers erst eine Schreibmaschine verschwunden ist, so man jetzt nichtlicherweise aus ihm auch eine Anzahl Stempel gestohlen, mit denen die Diebe zweifellos Missbrauch treiben. Die Stempel trugen die Inschriften: „Ausstellungs- und Deichhallengesellschaft G. m. b. H.“, „Hochbauamt Abg.“ und „Reichsamt Centralbüro“.

Nastätten, 17. Dez. Auf dem Heimweg von einem Bankgang Wirt Hildegard Weiß Seel ein verdächtiges Schießen. Der Beamte ging dem Schieße nach in Richtung der Bank. Daraufhin stieg dort auf einen Mann, der, als er den Bankdienst bemerkte, kurz entschlossen nach ihm schoß. Als aber der Bankdienst dem Schießen, bei dem es sich sicher um einen bei seinem Handwerk gesuchten Wilderer handelt, auf den Leib rückte, griff er die Flucht. Wenn der Täter auch noch nicht ergreift ist, wird ihm die Strafe nicht entgehen, denn man ist ihm auf der Spur.

Friedberg, 17. Dez. Die Stadtverordnetenversammlung beschloß die Erhebung einer Berggabengesetz, die für die Art Gefälle den Rahmen erheblich weiter spannt, als es bis der Fall ist. Von jeder Eintrittskarte zu irgend einer Bergstätte, die ihren Urhebern Gewinn einbringt, werden 20 Pfennige erhoben; ferner wird das zu benutzende Instrument bezüglich der Grundfläche des betr. Soales besteuert. Auch haben die Leute, die in öffentlichen Lokalen stattfinden, und bei diesen getanzt wird, fallen ebenfalls unter die Berggabenzinsen. Die Haushaltspfende Steuer unterliegt noch der Genehmigung des Ministeriums.

Aus Bad Ems und Umgegend.

Holzversteigerung. Die Teilnehmer an der Versteigerung am Freitag dieser Woche werden ersucht sich auf der „Schau-Ausicht“ zu versammeln.

Evangelische Kirchenwahl. Auf Besuch des Kirchenvorstandes findet die Kirchenordnungsmäßige Erneuerung des älteren Hälften des Kirchenvorstandes und der Kirchlichen Gemeindeorgane am 18. Januar statt. Zur Vorbereitung der Wahl ist zunächst die Wahlkarte für 14 Tage im Dienstzimmer des Kirchenrechners während dessen Dienststunden öffentlich ausgelegt. Die Öffentliche ist beim letzten Hauptortfesttagen genehmigt gemacht worden, mit der Belegschaft nach Ablauf der Auslegungsfrist Einsprache gegen die Wahl nicht mehr angebracht werden können. Wahlberechtigt sind alle männlichen, selbständigen über 24 Jahre alten Gemeindeangehörigen, die wenigstens 1 Jahr lang in der Gemeinde wohnen. Als selbständig gelten die, welche eigenen Handarbeit, ein öffentliches Amt bekleiden, ein eigenes Geschäft oder als Mitglied einer Familie deren Geschäft führen.

Silberne Hochzeit feiert heute das Ehepaar Oberlehrer Paul Syriestadt und Frau Minna, geb. Hermanns in der Grabenstraße.

Die Kaiser Friedrich-Schule veranstaltet morgen, Freitag, nachmittags 3 Uhr, in der Aula eine Weihnachtsfeier. Die Eltern der Schüler sowie die Freunde der Anstalt sind dazu herzlich eingeladen.

Der Männerverein veranstaltet am 27. d. Monats eine Wallfahrt mit Christbaumverlösung in dem neuen Theaterhof des Kurhauses. Seitens des Herrn Admirals für den Unterlohnkreis ist hierzu die erforderliche Einladung für die Rechtzeit ertheilt worden. Hiermit tritt zum ersten Mal der Fall ein, daß der Kurraum der Kaiser Friedrich-Schule zur Ablösung einer Besitzlichkeit während der Wallfahrt zur Verfügung steht. Es dürfte zu erwarten sein, daß von der voransichtlich genügsamen Besitzlichkeit, von allen Mitgliedern, die auch Nichtmitgliedern ausgiebig Gebrauch machen wird. Der Rehmetzug ist zum Westen des Kurhauses und der damit verbundenen Pflege des Kurbades bestimmt. — Rüheres wird noch bekannt gegeben werden.

Aus Ditz und Umgegend.

Hohleuerversorgung. In Oberlahnstein ist am Sonntag nachmittag in der Nähe der Hasenmündung das mit Zwiebeln beladene eiserne Schiff „Heinrich“ aus Ruhrtal gefunken. Die Hebung des Schiffes begann bei dem noch ziemlich hohen Wasserstand durch den Untergang dieser wertvollen Sendung in die Leidenschaft gezogen, da mehrere Waggons für unseren Kurbetrieb bestimmt waren. Einzelne Waggons sind bereits gehoben. Das

Welt wälgt es, die ganze Ladung noch zu heben, damit der Nachmangel durch diesen Unfall nicht weiter verschärft wird.

Die deutsche Volkspartei hält heute Donnerstag um 7.30 Uhr neue Zeit eine Mitgliederversammlung ab im Hof von Holland, der sich sehr zahlreiche Besucher erfreut. Das Programm war so reichhaltig gewählt, daß Abwechslung einige Stunden erforderlich. Die Mitwirkenden waren unter ihnen Städte und ihre Aufgabe größten Zufriedenheit und reicher Erfolg war der verdiente. Auch das lange nicht mehr vernommene Freiliederinnerkonzert verfröhnte den Abend und noch ein alter Kämpfer konnte sich auf der Bühne wieder vorstellen und zwar Schmidt, der schon vor dem Krieg manch schönen Abend mit seinen leichten Humor zu bringen half. Auch die Riege unseres Turnvereins zeigte sich wieder mal in der Freiheitlichkeit mit sehr guten Leistungen. Kurzum alle Mitwirkenden gaben ihr bestes und "Segen ist der Mühe Preis". Über 2500 Mark war der Reingewinn der Veranstaltung, nun wieder zu Weihnachten manch stille Freude auszubringen.

Infolge eines Betriebsunfalles war es nicht möglich die gesamte Auslage zur gewohnten Zeit zu eröffnen. Ems und Diezer Zeitung.

### Lebensmittelverteilung.

Bekleidung: Inhaber der Kundenlisten. Verkaufszeit von Donnerstag, den 18. bis 24. Dezember. 100 Gramm auf Nr. 18 der Lebensmittelfakte, Preis 13 Mark für 1 Kilo gramm. Margarine, 250 Gramm auf Nr. 12 der Fettekarte bei den Buttergeschäften, Preis 2,60 Mark für 1 Karte. Butter, 250 Gramm auf Nr. 19 der Lebensmittelfakte, Preis 70 Pf. für 1 Karte. Margarine, 150 Gramm auf Nr. 20 der Lebensmittelfakte, Preis 36 Pf. für 1 Karte. Fleisch, 500 Gramm auf Nr. 25 der Einzelzulassungskarte für Fleisch, Preis 70 Pf. für 1 Karte. Nach Mitteilung der Kaufmännischen Geschäftsstelle trifft sich Ende dieser Woche ein und kann deshalb von Montag bis den Inhabern der Kundenlisten abgeholt werden. Bad Ems, den 17. Dezember 1919. Verbrauchsmittelamt.

### Ausgabe von Christbaumchen.

Zie bietigen Einwohner sollen aus den Dichtenbesitz im Distrikt "Bor der Voos" Christbaumchen abgeben werden. Der Preis beträgt je nach der Beschaffenheit des Baumes Mark bis 1,50 Mark. Händler sind ausgeschlossen. Wer ein Baumchen zu haben wünscht, solle sich am Samstag den 20. des Monats, vor mittags 9 Uhr im Distrikt "Bor der Voos" zur Selbstdienstleistung einfinden. Bad Ems, den 17. Dezember 1919.

Der Magistrat.

Wirtschaftliche Vereinigung  
Kriegsbeschädigter u. -Hinterbliebener.  
Ortsgruppe Nassau und Umgebung.

### Einladung.

Zu der am Samstag, den 20. Dez. 1919, nachm. 5 Uhr im Hotel "Belle vue" stattfindenden Weihnachtsbescherung laden wir die Kinder unserer Mitglieder nebst Angehörigen herzlichst ein.

Gleichzeitig danken wir allen guten Spenderinnen und Spendern herzlichst für die freundlichen Gaben, wodurch uns diese Veranstaltung ermöglicht wurde und laden dieselben zu unserer Feier gleichfalls höflichst ein.

Der Vorstand.

### Verein für Volksbildung, Diez a. L.

Sonntag, den 21. Dezember 1919, abends 7 Uhr (Zeit) im großen Saal des "Hof von Holland"

### Unterhaltungs-Abend

Mitwirkung von: Fräulein Helene Reinhardt (Gesang), Klein Minna Haendel (Begleitung), Herrn Hans Petzhull (Violin), Herrn Otto Buch (Pianist und Violine) und einem Mädchenchor.

Chor: An die Kunst  
Klavier-Soli: a) Präludium 22 aus dem wohltemperierten Klavier  
b) Adagio aus der Sonate pathétique  
Resitation: a) Deux Poésies  
b) Die Glorie von Hadamar

Gesang: Negritto und Arie aus "Griegos Hochzeit" Mozart  
Violine und Klavier: Ungarischer Tanz  
Pause.

Chor: Chor der Spinnerinnen aus "Der fliegende Holländer"  
Resitation: a) Die Füße im Feuer  
b) Die Brüder am Tag

Gesang: a) Die Liede  
b) Waldeinsamkeit  
c) Zum Schäfen

Klavier-Soli: a) Soirée de Vienne  
b) Wrenett

Chor: Kein Häimlein wächst auf Erden

Eintritt 1 Mark.

Karten im Vorverkauf bei der Buchhandlung Wedel und Kunstmuseum Althaldenstrasse.

Verkauf: Vertilo, Spiegelkasten  
Kommode, Waschkommode,  
Nachtisch, Süde, Komfort  
Sessel, Kugelsohle, Sessel, Waschma-  
schine, Waschmaschine 1922  
Ems, Bahnhofstraße 21.

### Staffelei

in dunkel Eiche für etwa 1 Mr.  
Blühdöbe zu kaufen gefunden.  
Angebot unter Nr. 423 an die  
Geschäftsstelle.

### Schreibtisch

zu kaufen gefunden.  
Rahmen Schreibtisch. [956  
Ein brauchbarer Spülstein  
und eine große weiße Bettstelle  
mit Sprungrahmen zu kaufen gefunden.  
959] Ems, Bahnhofstraße 21.

### Ein Teppich,

3 auch 4 Meter, 1 Zimmer-  
sofen, Nebengardinen u.  
Türvorhang, alles tadellos  
erhalten, zu kaufen gesucht.  
Angebot unter Nr. C. 22  
an die Geschäftsstelle. [961

Gute

Singer-Nähmaschine  
zu verkaufen. [960  
Grabenstraße 46, Ems.

Ein neuer schwarzer und  
brauner

Nutzung  
zu verkaufen. Wo. 1. d. Gesch.  
Ein Kinderschlitten  
u. Schaukelpferd

preiswert zu verkaufen. [964  
Bleichstraße 31, Ems.

1 großer Geschäftsspiegel. 1  
Gitter, 5 geschlossene Glas-  
platten, 4 dicke Lampen zu  
verkaufen. Röd. Geschäft. [961

Kleine Wohnung  
zu vermieten. [965  
Arzbachstr. 6, Ems.

Die Dame, die Montag  
in Tappiserie u. Werner,  
Coblenz den Lila Mantel  
trug, wird höchstlieblich gegeben,  
den irrtümlich beigegebenen  
blauen Stoff im Geschäft  
abzugeben. [957

# Aller Augen

## Sonder-Angebot

### Adolf Meyer Diez

Marktplatz 8 Fernsprecher 275.

#### Gute Kinderschnürstiefel

Nr. 23, 24 M. 16,75  
Nr. 25, 26 M. 18,25  
Nr. 27, 28 M. 20,25  
Nr. 29, 30 M. 30,50

#### Kräftige Knaben- u. Mädchen-Stiefel

Nr. 31 bis 35 M. 33,25, 37,75

#### Kräftige Herren-Schnürstiefel

Nr. 40 bis 46 M. 68,75

Die Preise gelten nur solange der Vorrat reicht, da die Artikel schnell vergriffen.

Die Landkundschaft wird besonders darauf aufmerksam gemacht, daß Sonntag, den 21. Dezember das Geschäft von 11—4 Uhr (neue Zeit) geöffnet ist.

### Gussbruch, Eisenhöfrott u. Altmetall

Kauf in jeder Menge zum Selbstverbrauch. [910

### Gauhe, Gödel & Cie., G. m. b. H., Oberlahnstein.

### Ausgekämmte Haare

kaufst jedes Quantum

Ph. Wissing, Diez a. d. L.  
Friseurgeschäft. [790

### Buchenscheit!

sowie alle andern Sorten Brennholz zu kaufen gefunden.  
Auch übernehmte Bestände zum Selbstabtrieb. [277

Gustav Nebelung, Frankfurt a. M., Mittelbacherallee 4.  
Telefon Hanja 583.

[821]

[821]

Handschrift deutet  
ausführlich. 1.—Merk.  
Graphologe Schneeweiss,  
879 Berlin, Elsässer Str. 19.

Ordentliches

### Mädchen

sofort gesucht bei gutem Wohn.  
Frau Menzel, Ems,  
Bahnstraße 32.

Gegen Anfang Januar ein  
tückiges Mädchen  
in kleinen Handball bei guter  
Kost gesucht.  
Näheres Geschäftsstelle.

### Rödin

gesucht von einer französischen Familie. Vorzustellen  
vom 19. Dezember ab in der Villa Dreis in Ems. [927

Ordentliches

Alleinmädchen,  
welches etwas lohen kann zum  
1 oder 15. Januar 1920 gesucht.  
Angebot an Marheimer,  
Wiesbaden, Bergstr. 39.

### Als schönstes Weihnachtsgeschenk

ist eine Bruyere Mutzpfeife mit einem Paket  
goldgelben Virginie, — Shagtabak.

Auch ist dieser Tabak geeignet für Zigaretten.

### Zigarren

als Präsent in Kisten zu 25, 50 und 100 Stück.

### Zigaretten

von 6 bis 25 Pfennig.

### Reiner Rauchtabak

Adler, Grob- und Feinschnitt.

Varinas, Halb u. Halb 50%, billiger Mischtabak  
zu haben im

Zigarrengeschäft Rud. Degenhardt,  
Mauerstr. 5. Nassau. Mauerstr. 5.

[822]

[822]

### Eifka-Verlag

Oberlahnstein.

Verkauf nur ab Lager,  
kein Versand. [828

[828]

[828]

[828]

[828]

[828]

[828]

[828]

[828]

[828]

[828]

[828]

[828]

[828]

[828]

[828]

[828]

[828]

[828]

[828]

[828]

[828]

[828]

[828]

[828]

[828]

[828]

[828]

[828]

[828]

[828]

[828]

[828]

[828]

[828]

[828]

[828]

[828]

[828]

[828]

[828]

[828]

[828]

[828]

[828]

[828]

[828]

[828]

[828]

[828]

[828]

[828]

[828]

[828]

[828]

[828]

[828]

[828]

[828]

[828]

[828]